

Der Staats-Anzeiger

BISMARCK PRINTING COMPANY

Verleger

Entered as second-class matter, May 2, 1912, at the post office at Bismarck, N. D., under the Act of March 3, 1879.

Published Tuesday and Fridays, at Bismarck, North Dakota. Subscription Price \$2.50 per Annum.

Freitag, 10. Dezember 1915

Erscheint jeden Dienstag und Freitag

Konnoementspreis: Vereinte Staaten, pro Jahr, \$2.50. Nach Canada, pro Jahr, 3.00. Anderes Ausland, pro Jahr, 3.50. (Nur gegen Vorauszahlung)

An die Leser

Wir erlauben unsere Leser, dem gegen den Artikel auf der Zeitung, oder auf dem Umschlag, ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Auf denselben finden sie außer ihrem Namen auch das Datum, bis zu welchem das Blatt bezahlt ist. Leser, die mit dem Zeitungsgeld im Rückstand sind, sollten uns mit Einreden desselben erfreuen und auch, wenn möglich, ein Jahr im Voraus bezahlen.

Adressiert alle Geldsendungen und Briefe: Der Staats-Anzeiger, Bismarck, N. D.

Im Verzugung in Aufhebung der Zeitung zu vermeiden, bitten wir, bei Abonnementänderungen oder Wechsel der Postoffice immer die alte wie auch die neue Postoffice mit anzugeben.

Die Redaktion übernimmt für den Inhalt der Korrespondenzen keine Verantwortung. Einwendungen ohne volle Namensunterchrift wandern in den Papierkorb.

Wir verweisen unsere Leser auf die an anderer Stelle in dieser Nummer erscheinende Notiz unseres Präsidenten Woodrow Wilson, welche wir zwar verfrüht bringen, die aber doch eine volle Seite deckt und alle wichtigen Punkte behandelt. Die deutsch-republikanische Presse des Landes hat freilich schon viel gegen Präsident Wilson geäußert, daß er deutschfeindlich und britenfreundlich sei, aber solche Butausbrüche, die auch zum großen Teile auf Parteipolitik zurückzuführen sind, muß man in dieser bewegten Zeit zurücklassen. Gewiß wäre es uns verlockend, und allen Bürgern deutscher Abkunft in diesem Lande, recht erwünscht, daß unser Präsident mehr auf deutsche als auf britische, russische, französische und italienische Seite neige, aber wir müssen auch gerecht sein, und nicht verzeihen, einen wie schwierigen Standpunkt Präsident Wilson einnimmt. Er muß, als erster Beamter eines neutralen Landes, vorerst darauf bedacht sein, seine der kriegführenden Mächte zu bevorzugen und seiner der vielen in diesem Lande vertretenen Nationalitäten zu nahe zu treten. Wir sind der aufrichtigen Meinung, daß Präsident Wilson dies gelungen ist — unbekümmert wütender Angriffe einiger Quacksalber, welche die Stellung dieses Landes nur vom eigenen Gesichtspunkte aus betrachten. Wir, als Bürger dieses Landes von deutscher Abkunft, beanspruchen das Recht, unsere Sympathie auf deutsche Seite neigen zu lassen — und dies geschieht mit oder ohne Einwilligung. Dasselbe Recht, wollen wir es für uns beanspruchen, müssen wir aber auch Bürgern dieses Landes gewähren. Die nichtdeutschen Abkunft sind, Präsident Wilson behauptet seinen Standpunkt als Amerikaner und muß darauf bestehen, daß alle Ausländer, die Bürger dieses Landes wurden, ihren Rechten und Pflichten mit Bezug auf den europäischen Krieg gleich anliegen. Wir sagen, er muß darauf dringen, weil dieses Land sonst hoffnungslos einer Revolution zureiten würde. Präsident Wilson hat eine schwere Aufgabe, die schwerer, die je ein Präsident dieses Landes hatte. Er hat sich dieser leider mit Takt erledigt. Trotz der Wirren und Meinungsverschiedenheiten in unserer Nachbarrepublik Mexiko, welche seitweilen drohten, dieses Land in einen Krieg zu involvieren, trotz der Kämpfe auf den europäischen Schlachtfeldern, hat Präsident Wilson die Geschicke dieses Landes weise geleitet. Wir glauben, daß selbst während deutsche Schiffswarne, sofern sie nicht gänzlich vom Parteigeist verblendet, bei ruhigerer Beobachtung dem bewußtlichen werden. Solche unserer deutsch-republikanischen Freunde aber, die fortfahren wollen, Präsident Wilsons Tendenzen anzugreifen, bitten wir, uns gefälligst lassen zu wollen, was passiver wäre, wenn Takt oder Kooperations auf dem Präsidentenstuhl lägen. Daß beide, namentlich der Hauptberater Roosevelt, wütende Deutschenhasser sind, ist allen denkenden Menschen klar geworden. Weiter bitten wir solche republikanische Freunde, uns gefälligst einen voraussichtlichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten zu nennen, von dem wir Deutsche eine deutschfreundlichere Haltung erwarten könnten. Wir haben der Antwort! — Was immer auch gegen Präsident Wilson gesagt wurde und noch gesagt werden mag,

wir glauben sicher, daß er wieder als Kandidat für die Präsidentschaft auftreten und ebensicher wieder gewählt wird. Viele dieser blöden Eiferer werden Präsident Wilson vor, daß er der Waffenstür hätte Einhalt gebieten sollen. Präsident Wilson unterbreitete diese Frage dem vorigen Kongreß. Das hätte jeder andere vernünftige Präsident getan. Der Kongreß in Washington siegelte wieder, oder sollte wieder siegeln, die Stimmung des Volkes dieses Landes. Die Kongreßmitglieder weigerten sich, ein Waffenstürverbot zu erlassen! Warum nun, fragen wir, soll Präsident Wilson zum Zinnschmelzer gemacht werden? Warum soll von ihm verlangt werden, etwas zu tun, was der Kongreß zu tun sich weigerte?

Mit der am 6. Dezember erfolgten Eröffnung des Kongresses beunruhigt abermals die Gefahr nationaler Prohibition. Wieder wird der übliche Anturum der Prohibitionisten stattfinden, und ein Verbot gemacht werden, die Passierung einer Resolution zu erzwingen, welche die Frage nationaler Prohibition den Staaten zur Abstimmung unterbreitet. Zur Passierung einer derartigen Resolution im Kongreß ist eine Zwei-Drittel-Majorität notwendig. Wenn die Legislaturen von Dreivierteln der Staaten sich für Prohibition erklären, wird dieselbe zur Tatsache werden. Der Grund, weshalb der Nationalbund Prohibition unermüdlich bekämpft, ist darin zu suchen, daß sie einen verwerflichen Eingriff in die Rechte und die persönliche Freiheit der Bürger bedeutet. Ihre Erhaltung ist eine der Hauptaufgaben, welche sich der Bund selbstgeht hat. Um ihre Durchführung aber zu ermöglichen, ist es absolut notwendig, daß jeder Bürger deutscher Geburt oder Abstammung sich dem Nationalbunde anschließen, welcher die einzige nationale Vereinigung ist, die sich nicht scheut, den Feinden der persönlichen Freiheit offen entgegenzutreten und ihnen die Worte des Leberbürgertums und der Patentmoral vom Gesicht zu reißen. Der Nationalbund hat im letzten Jahre bedeutend an Mitgliederzahl gewonnen, und manchen neuer Zweig ist gebildet worden. In Staaten, in welchen bisher die Notwendigkeit einer festen Organisation der deutschen Elemente kaum erkannt wurde oder doch in sträflicher Weise vernachlässigt worden war, beginnt es sich zu regen. Fast in jeder Woche wird das Präbureau des Bundes von Neugründungen in Städten mit numerischer nur geringem Deutschland zu berichten. Selbst Elemente, die dem Deutschamerikanischen Nationalbunde fern standen, schließen sich ihm an und finden in ihm die einzige deutschamerikanische Vereinigung, die vorurteilslos nur das Eine erstrebt, dasjenige dem Deutschland zu erhalten, was es als seinen heiligsten Besitz betrachtet oder doch betrachten sollte. Es ist in letzter Zeit viel davon die Rede gewesen, daß „America first“ der Wahlpruch aller Bürger dieser großen Republik sein sollte. Die amerikanischen Bürger deutscher Abstammung können mit Recht für sich Anspruch darauf erheben, daß sie einen von Sonderinteressen freien amerikanischen Patriotismus besitzen, dessen höchstes Ziel die Wohlfahrt ist. Sie wollen politische Unabhängigkeit für ihr Adoptiv-Vaterland von irgend einer Nation der Welt. Sie wollen es ebensowenig unter der Vormahigkeit Deutschlands sehen, wie unter der Englands. Sie wollen es frei und mächtig wissen. Sie sind dafür, daß es seine Rechte wahr und schützt und daß es auf dem Gebiet der äußeren Politik von keiner anderen Rücksicht sich leiten läßt, als von der auf das Wohl aller seiner Bürger, ihre Industrie und ihren Handel. Und gerade weil in allen amerikanischen Bürgern deutscher Abstammung das Interesse unserer großen Republik an erster Stelle steht, weil sie von edlem Patriotismus befeuert sind, weil sie keine Abhängigkeit dulden wollen, deshalb lebt auch in ihnen das Verlangen nach persönlicher Freiheit, welche die beste Gewähr dafür ist, daß auch die politische gewahrt werden wird. Sie sind in letzter Zeit vielen Aufregungen ausgesetzt gewesen. Man hat ihnen Mangel an Loyalität und Treuehaftigkeit zum Vorwurfe gemacht. Und besonders wurde er von den Feinden erhoben, welche ihren Willen und ihre Wünsche zum Gesetze für alle machen wollen und längst aufgehört haben, freie Bürger einer freien Republik zu sein. Jede Delegation in den Mannern deutschen Stammes verhaßt. Sie wollen frei und unabhängig sein und ihr Leben führen in Uebereinstimmung mit den Garantien, welche die Unabhängigkeitserklärung und die Konstitution dieses Landes als unveräußerliche Menschenrechte dem amerikanischen Volke verliehen haben. Deshalb bekämpfen sie Prohibition. Deshalb sind sie in der ersten Reihe der Verteidiger der persönlichen Freiheit zu finden. Deshalb bekämpfen sie alle Zwangsregeln, deshalb machen sie über ihre individuellen Rechte, als deren harter Hort sich der Deutschamerikanische Nationalbund erweisen hat.

(Eingekandt) Ein wichtiges Kriegsziel

Obwohl ein Ende des Krieges nicht abzusehen ist, werden in Deutschland immer eingehendere Verhandlungen geführt über die möglichen Kriegsziele. Es handelt sich dabei nicht um Einzelwünsche und Aeußerungen der Tagespresse, sondern um die bestimmten Vorschläge, die verantwortungsvolle und sachverständige Politiker machen, wie sie z. B. in der maßgebenden politischen Zeitschrift „Das größere Deutschland“ und „Die preussische Jahrbücher“ veröffentlicht werden. Dank dieser Verhandlungen mit diesen Kreisen sind in der Lage, einen Vorschlag zu beibringen, der der Reichsregierung gemacht wird bezüglich der deutschen Stammesgenossen in Russland. Der Urheber ist Alfred Borchard, vormalige landwirtschaftlicher Sachverständiger in Petersburg, jetzt Leiter des Fürsorgebureaus für deutsche Rückwanderer, Berlin.

Der Vorschlag beschäftigt sich mit der Zukunft der Deutschen des bisherigen russischen Reiches. Borchard ist ein gründlicher Kenner der deutschen Kolonien, namentlich in Südrussland und der Wolga-Gegend. Er kennt Geschichte, Entwicklung, Vorträge und Schattenseiten aufs genaueste. Versteht natürlich auch die Beweggründe, die der russischen Unterdrückungspolitik zugrunde liegen und weiß die Wirkung der neuen Kriegsgesetze zu deuten, die Zweckvernichtung des Deutschlandtums erlassen würden. So muß für die deutsche Regierung die Frage entstehen: was tun wir für unsere Stammesgenossen in Russland? Die Frage hat eine ethische und eine politische Seite. Bereits vor dem Weltkrieg war man der Frage näher getreten. Das erste greifbare Ergebnis war die Gründung des Fürsorgebureaus für deutsche Rückwanderer, 1909. Dahinter stand die preussische Staatsregierung. Werbegebiete waren die deutschen Siedlungsgebiete Russlands. Veranlassung die Silbenseinde, die namentlich aus dem russischen Polen kamen. Bis zum Kriegsausbruch waren rund 6.000 Familien angeheiratet worden. Die Arbeit war sehr schwierig. Diefelbe Verantwortung in Russland, die Ausnahmeweise gegen die Deutschen zwecks schneller Enteignung und Vertreibung empfahl, war dennoch bereit alles zu tun, was einer Rückkehr der Deutschen nach dem Mutterlande im Wege stand. Die Auswanderer mußten oft unter Lebensgefahr und unter kaum erträglichem Druck anderer entwürdigenden Begleitumstände insgesam die Grenze überqueren. Aber die fünfjährige Tätigkeit des Fürsorgebureaus hat nach reichlicher Erfahrung auch den Beweis geliefert, daß der Rückwanderer sich wieder recht gut in Mutterland eingliedert, und daß gerade die Landwirtschaft eine schätzbare Hilfe für deutsche Reich geworden sind. Die Weisen der Deutschen Russlands gebären aber dem Bauernstand an. Soll nun Deutschland zusehen, wie die Stammesgenossen vollends ruiniert werden? Oder soll es ohne eigenen Verlust zusehen, wie der Kolonialübersees Gebiete aufsticht, um dort eine neue Heimat zu finden und zum andernmal für das Mutterland verloren zu gehen? Denn der Krieg bietet den Vorteil, neue Erde zu erwerben, die trefflich zur Besiedlung mit Rückwanderern geeignet ist. Dazu kommt, daß selbst wenn nach dem Krieg die russischen Ausnahmeregeln gemildert werden, die gesunden Lebensbedingungen für die Deutschen in Russland fehlen. Hier muß der Friedensvertrag helfend und vorbeugend eingreifen. Das deutsche Reich muß verlangen, daß sämtliche deutsche Kolonisten in Russland ohne Anhebung der Staatsangehörigkeit das Recht freier Auswanderung erhalten, nach voller Entschädigung erlittener Einbuße an Gut und Gut.

Nimmt „Cascarets“ wenn von Kopfschmerzen, Unverdaulichkeit oder Verstopfung geplagt

Das beste Mittel für Leber- und Eingeweide, übeln Atem, Erkältung u. sauren Magen

Holt eine 10 Cents-Schachtel. Kopfschmerzen, Unverdaulichkeit, belegte Zunge, Kopf und Nase durch Erkältung verstopft — das sind immer Folgen einer trägen Leber, laurer Speisereite im Magen und Eingeweiden.

Giftige Substanzen verstopfen die Eingeweide. Statt ausgeschieden zu werden, gehen diese ins Blut über. Wenn diese die zarten Häute im Gehirn erreichen, dann entsteht jenes dumpfe, pochende Kopfwach.

Cascarets reinigen sofort den Magen, scheiden die sauren, unverdauten Speisereite und alle Gase aus, nehmen die Gifstoffe aus der Leber und aus den Eingeweiden, reinigen dieselben, und führen alles auf natürlichem Wege ab.

Eine Cascarets heute Abend genommen, fühlen Sie am Morgen wie neugeboren. Sie arbeiten während man schläft. Eine 10c-Schachtel von irgend einem Apotheker geholt, verschafft Ihnen klaren Kopf, reinen Magen und Eingeweide auf Monate hinaus.

Das Flüchtlingseiland in Russland. Laut der „Köln. Ztg.“ schildert ein in Moskau anfassiger Engländer seinen Bruder in England das unaussprechliche Elend der Vertriebenen in Russland. Die „Daily Mail“ entnimmt dem Brief einige Bruchstücke, woraus sich ergibt, daß Tausende von Männern, Frauen und Kindern zu Fuß in der harten Winterfalte tagelang daherkommen und wie Hunde nach einem Stück Brot hungern. Kinder jedes Lebensalters sind den ärgsten Zuständen ausgesetzt. Es befinden sich unter den Vertriebenen wohlhabende Bauern, die um ihr Gut und Gut gekommen sind und nun bettelnd umherziehen. In Moskau sind englische und russische Hilfskommissionen gebildet worden, jedoch vermögen sie eine so unglückliche Not nicht zu lindern. Täglich treffen weitere Scharen von Vertriebenen ein.

kaufe sind nach dem Krieg von der Bauernbank zu regulieren. Auch lebendes und totes Inventar (Vieh, Maschinen, Einrichtungen) sind entsprechend zu vergüten. Die schiedsrichterlichen Verhandlungen soll ein Kommissar führen, der vom schweizerischen Bundespräsidenten ernannt wird.

Für Personen und Güter der Auswanderer ins Mutterland oder seine neuen Grenzen wäre freie Beförderung auf den russischen Eisenbahnen zu erwirken unter Befreiung und etwaigen Ausfuhrzöllen.

Verlorgung und Unterkunft der Rückwanderer muß der Öffentlichkeit angehören und Sache des Reiches sein. Die volle Einbürgerung kann nach den gemachten Erfahrungen binnen zweier oder dreier Jahre gelassen. Alle Bundesstaaten sollen an der Lösung des Problems mitwirken. Nächst ist zu nehmen auf die religiösen Interessen. Die Menoniten z. B. sollten kolonienweise angesiedelt werden. Um die Ueber-siedlung und Neubeheimatung zu erleichtern, muß das deutsche Reich auch zu finanzieller Unterstützung bereit sein, ähnlich wie bisher durch den Fürsorgeverein. Hauptfrage wird bleiben, die Landleute der Landwirtschaft zu erhalten.

Man sieht, es sind große Ziele, die angestrebt werden. Aber nun die Schicksalsstunde des deutschen Reiches nicht nur, sondern des gesamten Deutschlandtums geschlagen hat, muß energisch gearbeitet werden. Man soll sich nicht drüber aufhalten, daß etwa das deutsche Reich bislang sich wenig um seine Stammesgenossen in Russland gekümmert hat. Wir erfahren jetzt, daß die russische Regierung auf nichts eiferfüchtiger war, als auf eine Stärkung der Verbindung zwischen Deutschland und seinen Stammesgenossen in Russland. Um politische Neigung zu vermeiden, mußte so vorzüglich verfahren werden. Sodann fehlte es an genügend Land, um ausreichend zu sorgen. Aber selbst wenn nach den trüben Erfahrungen der Kolonist den Aufenthalt in Russland vorzöge, müßte das deutsche Reich auf Entscheidung und besseren Schutz der Rechte seiner Blutverwandten bestehen. Das Friedensprotokoll gibt dazu Gelegenheit. Es ist die Fürsorge für die Deutschen in Russland also ein wichtiges Kriegsziel und es ist beachtenswert, daß die deutsche Regierung gerade dieses Ziel so kräftig erörtern läßt. Tatsächlich mehr, als man in Amerika davon weiß. Es mögen die Vorkarischen Vorschläge sogar überreichen. Aber es spricht da ein Mann, der von seiner Stellung in Petersburg und von seinen Vätern in Berlin aus die Frage und Sache kennt. Schließen wir uns dem Wunsche an, daß es dem Reiche an Muttererde nicht fehlen möge, die Lösung vorzunehmen; und daß es gelingende verfahrenen Stammesbrüder gerechtigt und Säune zu verschaffen!

Das ist völlig \$3.00 wert

Die Uhr hält genaue Zeit und ist auf ein Jahr von der Fabrik garantiert und die Fabrik macht während des Jahres alle etwa nötigen Reparaturen umsonst, vorausgesetzt daß die Uhr nicht durch Mißbrauch beschädigt wurde. Die schriftliche Garantie der Fabrik findet man inwendig im Deckel der Uhr, sowie auch die Adresse. Wenn innerhalb eines Jahres reparaturbedürftig, sende man die Uhr an die Fabrik ein und lege 10 Cents bei für Rücksendung.

Wie man Uhr u. Gehänge erhält:

Jeder alte oder neue Leser des Staats-Anzeiger im Inlande, der das Blatt ein Jahr vorauszahlt und \$1.25 dazu, also uns \$3.75 einschickt, erhält den Staats-Anzeiger zweimal die Woche auf ein volles Jahr und Uhr und Uhrgehänge postfrei zugesandt. Lieferung erfolgt innerhalb 14 Tage nach Empfang der Bestellung. Da Uhr und Uhrgehänge einen beträchtlichen Wert haben, raten wir allen Bestellern uns 10 Cents extra für Versicherung zu senden. Nur in diesem Falle sind wir für richtige Ablieferung verantwortlich.

Allen und neuen Lesern in Canada liefern wir Uhr und Uhrgehänge zu denselben Bedingungen, nämlich ein Jahr Vorauszahlung und \$1.25 dazu, also zusammen \$4.25. Für Versicherung 10 Cents extra. Etwaige Zollgebühren hat der Besteller in Canada selbst zu bezahlen.

Für das übrige Ausland liefern wir Uhr und Uhrgehänge bei Einmündung von \$4.75. (Zeitung auf ein Jahr \$3.50 und \$1.25 Nachzahlung.)

Uhr nebst dem Gehänge frei!

Jeder Leser im Inlande, der seine Zeitung ein Jahr vorauszahlt und uns zwei neue vorauszahlende Leser, im Ganzen also \$7.50 einschickt, erhält Uhr und Uhrgehänge absolut frei per Post als Geschenk für seine Mühe zugesandt, und jeder der neuen Leser erhält einen schönen Kalender auf 1916 als Gratisprämie. Man kann sich also mit ein wenig Mühe Uhr und Uhrgehänge verdienen. Wenn eure Nachbarn noch nicht Leser des Staats-Anzeiger sind, gewinnt diese! Es wird nur wenig Mühe machen!

Dasselbe Anbieten machen wir auch unsern Lesern in Canada: Ihr seine Zeitung ein Jahr vorauszahlt und uns zwei neue vorauszahlende Leser dazu gewinnt, also \$9.00 einschickt, erhält Uhr und Uhrgehänge postfrei umsonst geliefert, und jeder der neuen Leser einen schönen Kalender auf das Jahr 1916.

Man schreibe recht deutlich alle Namen und Adressen. Geldsendungen sind am sichersten durch Postanweisung (Postal Money Order) zu machen. Man adressiere alle Geldsendungen und Briefe:

Der Staats-Anzeiger Bismarck N. D.

Zur Erinnerung an den Weltkrieg



Kaiser Wilhelm Uhr mit dem Franz-Joseph Uhrgehänge Ein wertvolles und passendes Geschenk!

Der Staats-Anzeiger hat soeben mit einer großen Fabrik im Osten einen Kontrakt abgeschlossen zur Lieferung oben abgebildeter Uhren und Uhrgehänge. Auf dem Zifferblatt der deutschsilbernen Uhr befinden sich die deutschen Landesfarben schwarz-weiß-rot mit dem deutschen Wappen und auf dem Deckel der Uhr das Bildnis des Deutschen Kaisers Wilhelm II. Das Uhrgehänge zeigt die Bilder Kaiser Wilhelms und Franz Josephs nebst Wappen. (Siehe die Abbildungen.)

Ist völlig \$3.00 wert

Die Uhr hält genaue Zeit und ist auf ein Jahr von der Fabrik garantiert und die Fabrik macht während des Jahres alle etwa nötigen Reparaturen umsonst, vorausgesetzt daß die Uhr nicht durch Mißbrauch beschädigt wurde. Die schriftliche Garantie der Fabrik findet man inwendig im Deckel der Uhr, sowie auch die Adresse. Wenn innerhalb eines Jahres reparaturbedürftig, sende man die Uhr an die Fabrik ein und lege 10 Cents bei für Rücksendung.

Wie man Uhr u. Gehänge erhält:

Jeder alte oder neue Leser des Staats-Anzeiger im Inlande, der das Blatt ein Jahr vorauszahlt und \$1.25 dazu, also uns \$3.75 einschickt, erhält den Staats-Anzeiger zweimal die Woche auf ein volles Jahr und Uhr und Uhrgehänge postfrei zugesandt. Lieferung erfolgt innerhalb 14 Tage nach Empfang der Bestellung. Da Uhr und Uhrgehänge einen beträchtlichen Wert haben, raten wir allen Bestellern uns 10 Cents extra für Versicherung zu senden. Nur in diesem Falle sind wir für richtige Ablieferung verantwortlich.

Allen und neuen Lesern in Canada liefern wir Uhr und Uhrgehänge zu denselben Bedingungen, nämlich ein Jahr Vorauszahlung und \$1.25 dazu, also zusammen \$4.25. Für Versicherung 10 Cents extra. Etwaige Zollgebühren hat der Besteller in Canada selbst zu bezahlen.

Für das übrige Ausland liefern wir Uhr und Uhrgehänge bei Einmündung von \$4.75. (Zeitung auf ein Jahr \$3.50 und \$1.25 Nachzahlung.)

Uhr nebst dem Gehänge frei!

Jeder Leser im Inlande, der seine Zeitung ein Jahr vorauszahlt und uns zwei neue vorauszahlende Leser, im Ganzen also \$7.50 einschickt, erhält Uhr und Uhrgehänge absolut frei per Post als Geschenk für seine Mühe zugesandt, und jeder der neuen Leser erhält einen schönen Kalender auf 1916 als Gratisprämie. Man kann sich also mit ein wenig Mühe Uhr und Uhrgehänge verdienen. Wenn eure Nachbarn noch nicht Leser des Staats-Anzeiger sind, gewinnt diese! Es wird nur wenig Mühe machen!

Dasselbe Anbieten machen wir auch unsern Lesern in Canada: Ihr seine Zeitung ein Jahr vorauszahlt und uns zwei neue vorauszahlende Leser dazu gewinnt, also \$9.00 einschickt, erhält Uhr und Uhrgehänge postfrei umsonst geliefert, und jeder der neuen Leser einen schönen Kalender auf das Jahr 1916.

Man schreibe recht deutlich alle Namen und Adressen. Geldsendungen sind am sichersten durch Postanweisung (Postal Money Order) zu machen. Man adressiere alle Geldsendungen und Briefe:

Der Staats-Anzeiger Bismarck N. D.

Advertisement for Hegen & Schneider Groceries, featuring a list of products and contact information for the Palace Hotel in Bismarck, N. D.